

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wissenschaftliches Symposium  
**Wachstumsfaktor Vertrauen**

Berlin, Novotel, 2. Februar 2005

Tagungsbericht

von Dr. Dr.h.c. Klaus-Heinrich Standke, Berlin

Direktor bei den Vereinten Nationen a.D., New York

Honorarprofessor an der Wirtschaftsuniversität Posen

Präsident, Komitee zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit e.V.  
(Weimarer Dreieck)

Das Institut der deutschen Wirtschaft (iw), ein „Think Tank“ namhafter Wirtschaftsverbände und Unternehmen, hat am 2. Februar 2005 nach Berlin zu einer Veranstaltung mit einem zunächst etwas abstrakt-wirtschaftsphilosophischen anmutenden Thema „*Wachstumsfaktor Vertrauen*“ eingeladen.

Sehr schnell hat sich jedoch gezeigt, dass es um Grundsatzfragen der wirtschaftspolitisch-mentalitären Verfasstheit des Standortes Deutschland ging. Die Veranstaltung bemühte sich um Erklärungsversuche zu den komplexen Ursachen der offenkundigen Vertrauenskrise zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen, Bürgern, Regierung, Parteien, Wirtschaft, Gewerkschaften Deutschlands.

Wenn schon kein Vertrauen zwischen den staatstragenden Institutionen existiert, wie kann dann Vertrauen über die Schicksalsfrage bestehen, wie die Zukunft gemeinsam gemeistert werden kann?

In seiner Begrüßung formulierte der iw-Präsident *Hans-Dietrich Winkhaus*, Mitglied des Gesellschafterausschusses der Henkel KG a.A., das inoffizielle Leitmotiv der Veranstaltung „*Wie schaffen wir ... in Deutschland wieder ein Klima, das Wachstumskräfte freisetzt?*“

Zwei Grundsatzreferate aus amerikanischer und deutscher Sicht stellten Deutschland auf den Prüfstand.

*Adam S. Posen*, Senior Fellow, Institute for International Economics, Washington D.C., ehemaliger Gastwissenschaftler an der American Academy in Berlin und ausgewiesener Deutschlandexperte, verglich in einer mit vielen Details angereicherten unbarmherzigen Analyse die wirtschaftliche und die gesellschaftspolitische Situation Deutschland mit der der USA. Für ihn ist die in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit aufgebaute wirtschaftspolitische Idylle in Deutschland nicht länger durchzuhalten.

*Renate Köcher*, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, berichtete anhand zahlreicher Umfrageergebnisse über die Bewusstseinslage der deutschen Bevölkerung, „die zunehmend begreift, dass sie nicht Zeuge einer (vorübergehenden) Konjunkturschwäche ist, sondern den Wandel in eine neue Ära erlebt – und die zur Zeit noch befürchtet, aus der besten aller Zeiten, einem „*Golden Age*“, den kontinuierlichen Abstieg oder sogar Absturz begonnen zu haben.“

Vor dem Hintergrund des am selben Tag durch die Bundesagentur für Arbeit mit 5,037 Millionen Arbeitslosen verkündeten höchsten Wertes in der Geschichte der Bundesrepublik

und am Tag der ‚State of the Union‘-Botschaft von U.S. Präsident *Georges W. Bush*, der u.a. eine drastische Reform des amerikanischen Sozialversicherungssystems mit dem Ziel einer weitgehenden Privatisierung ankündigte, analysierte *Adam S. Posen* den gegenwärtigen Zustand des „Modells Deutschland“.

Er stellte dem sog. „rheinischen Kapitalismus“ (Rolle des Mittelstandes und der Sparkassen, Mitbestimmung, lebenslange Beschäftigung und Weiterbildung, Exportorientierung der Wirtschaft, grenzenloses Vertrauen in Banken für sichere Sparanlagen und optimale Kapitalinvestitionen) dem, wie er ihn nannte, ‚auf Armeslänge‘ operierenden transaktionsbasierenden „Anglo-Kapitalismus“ gegenüber.

Für *Adam Posen* – ganz im Sinne des Konferenzrahmenthemas „Wachstumsfaktor Vertrauen“ ist die – auch im zweiten Hauptreferat von *Renate Köcher* (Allensbach) diagnostizierte – deutsche Mutlosigkeit nicht Folge des schwachen Wirtschaftswachstums in Deutschland sondern ganz im Gegenteil Ursache der nicht ausgeschöpften wirtschaftlichen Chancen. Hinter angstmachenden Negativsignalen über die gefährdete Zukunft des Standortes Deutschland, welche gleichzeitig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, von der organisierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wie auch von den Oppositionsparteien ausgesandt werden, sieht er im wesentlichen Selbstschutzargumente der jeweiligen Interessengruppen. Er stellte die Frage, ob Angst (= Misstrauen plus Unsicherheit) wirklich notwendig seien, um wirtschaftliches Wachstum zu bewirken? Glücklicherweise gäbe es kein einfaches gegenseitiges Aufrechnen zwischen „Arbeitsplatzsicherheit und Vertrauen des Kapitals“ oder zwischen „Wirtschaftswachstum und Chancengleichheit“. Er prangerte in Deutschland die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an, welche einerseits den Markteintritt neuer Firmen behinderten und andererseits nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen unnötig schützten. Gegenüber der auf firmenspezifische Bedürfnisse orientierten Ausbildung forderte er eine flexiblere Universitätsausbildung. Der Preis für den Arbeitsfrieden durch Korporatismus und bundesweite Flächentarifverträge (im Westen Deutschlands derzeit rund 70%, in Ostdeutschland knapp über 50%) sei eine verminderte Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Privilegierung derjenigen, die in einem Arbeitsverhältnis stünden gegenüber denjenigen, die Arbeit suchten.

Vor dem Hintergrund amerikanischer Erfahrungen, in denen die Einzelinteressen der Staaten – wie die Bundesländer in Deutschland – in der Regel Verfechter des „Status quo“ seien, ermutigte er die Bundesregierung, die Interessen des Ganzen mehr in den Mittelpunkt zu stellen als die der Teile.

Posen lobte ausdrücklich die Bundesregierung für ihre Reformbemühungen und für ihren Mut, diese umzusetzen, obwohl jedem einsichtig sei, dass die an sich als notwendig erkannten Reformen von der Öffentlichkeit zunächst als ein Zurücknehmen gewohnter öffentlicher Wohltaten empfunden werde und Wahlmiederlagen nach sich ziehen könnten.

Das Maßnahmenbündel der ‚Agenda 2010‘ (Arbeitsmarkt, Steuersystem, Gesundheitspflege, Altersversorgung) sei indessen ganz im Sinne ähnlicher Forderungen der EU („Lissabon-Prozeß“), des Internationalen Währungsfonds, der OECD oder der G-7.

Wenn in Deutschland die erforderlichen Reformen konsequent durchgeführt würden, hätte dies in der Tat zum Ergebnis, dass zahlreiche Arbeitnehmer und Führungskräfte – in erster Linie in Westdeutschland – zwar einige ihrer derzeitigen Privilegien verlieren würden, dass diese aber im Gegensatz zu der Situation ihrer Kollegen in den USA – aber ähnlich den Bedingungen in Ostdeutschland – weiterhin eine ausreichende Gesundheitsvorsorge hätten, eine vergleichsweise saubere Umwelt, annehmbare Wohnbedingungen, annehmbare Schulbedingungen für ihre Kinder sowie eine sichere Sozialhilfe im Falle der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit.

Von dem Ergebnis der Reformen würden alle Bürger profitieren: Die Verunsicherung über die Zukunft würde abnehmen, die Gewinnchancen der Unternehmen würden sich wieder

erhöhen und der Wohlfahrtsstaat würde trotz der wachsenden Überalterung der Bevölkerung wieder finanzierbar werden.

Nach dieser Analyse aus amerikanischer Sicht, präsentierte die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach *Renate Köcher* in geschickter Regie der Veranstalter die durch jüngste Umfragen unterstützte Quantifizierung latenter Trends in der deutschen Bevölkerung zum Thema „Vertrauen und Zuversicht“:

„Die letzten Jahre waren von einer tiefen Verunsicherung in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen geprägt. Unternehmen wie die breite Bevölkerung oder auch der Bereich der öffentlichen Haushalte verzeichneten einen gravierenden Verlust an Planungssicherheit. Die Unternehmen waren und sind in hohem Maße unsicher, wie sich mittelfristig Konjunktur und Wettbewerbssituation entwickeln werden, die Rohstoffmärkte, ihre Finanzierungsmöglichkeiten und die staatlichen Rahmenbedingungen:

- Als Reaktion hierauf haben sich viele Unternehmen in den letzten Jahren auf die Verminderung von Risiken konzentriert, weniger auf die Wahrnehmung von Chancen.
- Die breite Bevölkerung Deutschlands war in den letzten Jahren zunehmend von dem Eindruck bestimmt, weder ihre Einnahmen- noch ihre Ausgabenseite mittelfristig kalkulieren zu können.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die fortgesetzte Rationalisierung in den Unternehmen, die Abwanderung ganzer Branchen aus Deutschland in Verbindung mit der staatlichen Reformpolitik der letzten Jahre, den ersten Eingriffen in die bisherigen staatlichen Sicherheitsgarantien unterminieren die Zuversicht der Bevölkerung, mittel- und langfristig auf stabile oder sogar steigende Einkommen rekurrieren zu können.

Auf der Ausgabenseite beunruhigen die Bevölkerung zunehmend die steigenden Ausgaben für viele kommunale Leistungen, Energiepreiserhöhungen und der steigende Eigenbeitrag im Bereich der Sozialleistungen.

Fazit: Das Kernproblem ist nicht die Verunsicherung, sondern die pessimistische Erwartungshaltung der Bevölkerung. Die Mehrheit ist nicht unsicher, ob die Zukunft Gutes oder Schlechtes bringt. Die mentale Belastung der gegenwärtigen Situation geht von der tief sitzenden Überzeugung aus, dass die Zukunft nur eine Abwertung des heute erreichten *status-quo* bringen kann.“

Zwar sind nach Erkenntnissen der Referentin rund 70 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland in einer Krise ist, dass sich im Land etwas ändern müsse. Dennoch ist im Bewusstsein der Gesellschaft dies nicht präsent, dass die Krise neben den Risiken auch Chancen für eine Verbesserung bietet.

Die Allensbacher Umfragen haben gezeigt, dass sich Hoffnungen noch am ehesten auf den wissenschaftlichen – und speziell medizinischen – Fortschritt richten, aber kaum auf die ökonomische und soziale Entwicklung, schon gar nicht auf die künftige Rolle des Staates und der Politik. Zu recht ist für *Renate Köcher* eine der bedeutendsten und wohl auch heilsamsten Entwicklungen der letzten Jahre der Verlust an Vertrauen in die unbegrenzte Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Sicherheitsgarantien.

Im Hinblick auf „vereinigungsbedingte deutsche Sonderproblematik“ wies sie auf das selten ausreichend gewürdigte Zusammentreffen dreier Entwicklungen hin:

„Zumindest die westdeutsche Bevölkerung hat fünf Jahrzehnte lang, unterbrochen von kurzen Schwächephasen, einen kontinuierlichen Aufschwung erlebt, einen stetigen Vermögenszuwachs und geradezu dynamisch zunehmende Sicherheitsgarantien des Staates.

Die ostdeutsche Bevölkerung entwickelte verständlicherweise die Hoffnung, durch die Wiedervereinigung auf ähnlich stabilen, langfristigen Wachstumspfad zu gelangen. Die Einheit kam jedoch zu einem Zeitpunkt, als sich die Nachkriegsära bereits dem Ende zuneigte:

- Die Ära des anhaltenden, kontinuierlichen Wachstums auch im Binnenmarkt, angetrieben durch ungedeckten Bedarf,
- Die Ära des ausgreifenden Sozialstaates, der sich nur auf dem Fundament eines solchen dynamischen Wachstums entfalten konnte, und
- Die Ära der relativ kalkulierbaren Wettbewerbsbeziehungen mit den drei wirtschaftlichen Weltzentren USA, Europa und Japan.“

Als Ergebnis ihrer Überlegungen kam *Renate Köcher* zu folgender bemerkenswerter Situationsbeschreibung:

„Wir leben heute in einer Phase des Umbruchs, in der

- Die Chancen gesättigter Volkswirtschaften geklärt werden müssen,
- Der Umbau und Rückbau der sozialen Sicherungssysteme eingeleitet ist und damit eine grundlegende Neuverteilung der Rollen von Bürgern und Staat, und
- In einem tiefgreifenden weltwirtschaftlichen Umbruch, der das Gesicht der Weltregionen neu ordnet und von massiven Wanderbewegungen der Produktionsstätten begleitet ist.

Deutschland – wie auch andere europäische Länder – stehen vor enormen Herausforderungen, wenn sie nicht riskieren wollen, dass in den nächsten Jahren ein Exodus von Produktionsstätten stattfindet, der die sozialen Sicherungssysteme endgültig in den Zusammenbruch führt...

Ob diese Herausforderung erfolgreich bestanden wird, ist aber ganz wesentlich auch eine Frage von Zuversicht, Vertrauen und Selbstvertrauen. Tiefgreifende Veränderungen verunsichern nicht per se, sondern nur in Verbindung mit einer pessimistischen Einschätzung der Chancen und Risiken der Veränderungsprozesse.“

An die beiden Referate schloss sich unter Leitung von *Margaret Heckel* (Financial Times Deutschland) eine Podiumsdiskussion zu ausgewählten Teilaspekten des Themas „Vertrauen oder Verunsicherung: Welchen Beitrag leistet die Wirtschaftspolitik?“ an.

Behandelt wurden die Themen ‚Finanzmärkte‘ (*Michael Hüther* idw-Direktor), ‚Finanz- und Steuerpolitik‘ (*Karin Göring-Eckardt* MdB, Fraktionsvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen), ‚Tarifpolitik und Kündigungsschutz‘ (*Heide Pfarr*, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung) und ‚Tarifpolitik und Standortsicherung‘ (*Hans Werner Busch*, Hauptgeschäftsführer, GESAMTMETALL).

An dem Symposium haben weit mehr als 200 Vertreter und Vertreterinnen aus Unternehmen der Wirtschaft, aus den Verbänden, aus den Parteien sowie aus Bundes- und Landesbehörden teilgenommen. Bemerkenswert wurde (nicht nur) bei dieser Veranstaltung die Abwesenheit der politischen und wirtschaftspolitischen Klasse Berlins. Die relativ hohe Anzahl von Medienvertretern lässt darauf schließen, dass es dem Institut der Wirtschaft gelungen ist, mit dem gewählten Rahmenthema ‚den Nerv‘ einer wachsenden Unruhe im Land zu treffen.

Diskussionen dieser Art neigen dazu, ausschließlich die Krise Deutschlands zu betrachten und sie sozusagen als ‚typisches deutsches Phänomen‘ losgelöst von allen anderen Volkswirtschaften zu sehen. Die sozialpolitischen Zerreißproben beispielsweise in den beiden großen Nachbarländern Deutschlands, Frankreichs und Polens sind – trotz aller Unterschiede – im Grunde nicht anders als die der deutschen Volkswirtschaft. Zukunftsängste, geringes Vertrauen gegenüber Regierungen und Parteien, gangbare Wege aufzuzeigen, die in eine sichere Zukunft führen, sind womöglich anderswo noch ausgeprägter als in Deutschland. In einem „Vertrauensranking“ von 20 Ländern (einschl. der USA und Russland), die am 3. Februar 2005 vom iwd veröffentlicht wurde, sind in Deutschland im Vergleich der Jahre 1990/91 und 1999/2000 mit 34,5 Prozentpunkten gegenüber 35,2% Anfang der Neunziger

Jahre keine großen Stimmungsbewegungen zu erkennen. Frankreich liegt in dieser Skala mit 21,3% gegenüber 22,8% vor Polen an viertletzter Stelle. Polen, welches zu Beginn der ‚Wende‘ noch mit 34,5% einen mit Deutschland vergleichbaren Stimmungswert verzeichnete, lag ein Jahrzehnt später bei nur noch 18,4%. Das Stimmungstief wäre heute vermutlich noch geringer.

Es ist das besondere Verdienst jedes der beiden Hauptreferate von verschiedenen Ausgangspunkten her die Ursache des letztlich auf Verunsicherung beruhenden Vertrauensverlusts zwischen Regierenden und Regierten deutlich gemacht zu haben:

Adam Posen: In Deutschland besteht ein gravierendes Problem darin, dass die Bundesregierung zwar das Richtige (und notwendigerweise Unpopuläre) in ihrem Reformpaket konzipiert hat, dass diese Botschaft nicht ausreichend ‚vermittelbar‘ erscheint: „*The benefits of the reform are hard to see, especially since it all seems to take the form of cutbacks in public generosity*“ Und ferner: „*Two problems of the Governments Agenda 2010 Reform Effort: 1.) Short-term drag; 2.) too focused on labor*“.

Renate Köcher: „...Weniger als bei den Veränderungen in der Wirtschaft hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung von den Zielen und Etappen des Reformprozesses. Die überwiegende Mehrheit hat in den jahrelangen Diskussionen den Überblick verloren, auf welchem Stand der Prozeß angekommen ist und was an weiteren Maßnahmen zu erwarten ist. Dadurch erscheint der staatliche Reformprozeß der Mehrheit in seinen Auswirkungen unkalkulierbar.“

Der zweite Unterschied liegt in der Fokussierung auf Chancen und Risiken. Veränderungen in den Unternehmen werden in hohem Maße als Voraussetzung für eine Verbesserung der Zukunftschancen angesehen, staatliche Reformen als Reparaturmaßnahmen zur Vermeidung eines Konkurses. Auch die Reformpolitik selbst ist von dieser Denkweise bestimmt, zu wenig von Zielen wie Vergrößerung des Freiheitsspielsräumen, Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit oder Optimierung von Ressourcen bestimmt...“.

Man möchte zweierlei ergänzen,

- (1) Die deutsche Diskussion klammert – offenbar aus einer falsch verstandenen Tabuisierung des Themas heraus – die auch im Weltmaßstab ungeheuerliche Dimension der Folgekosten der deutschen Wiedervereinigung aus. Hier gilt es die seit 1990 allmählich verlorengegangene Vertrauensgrundlage einer - im besten Sinne des Wortes - nationalen Identität und Solidarität wieder aufzubauen und trotz der riesigen, nicht vorhersehbaren Kosten ein Gefühl des Stolzes auf das immerhin Erreichte aufkommen zu lassen.
- (2) Die deutsche Diskussion wird dominiert einerseits durch die Rechtfertigung der Regierung für die Richtigkeit des von ihr eingeschlagenen Weges und von den Angriffen der jeweiligen Opposition, welche diese Wirtschaftspolitik als grundsätzlich falsch ansieht. Was hierdurch nicht in das öffentliche Bewusstsein gelangt, ist der Umstand, dass es hier nicht um deutsche parteipolitische Dissonanzen geht, sondern um die von *Renate Köcher* hervorgehobenen Zusammenhänge eines tiefgreifenden weltwirtschaftlichen Umbruches. Im Interesse der politischen Entscheidungsträger wäre es nützlich, diesen größeren Zusammenhang, für den die EU durch ihren sog. ‚Lissabon-Prozeß‘ für alle ihre Mitgliedsländer gesamteuropäische Lösungen sucht, auch in der deutschen Zukunftsdebatte in den Mittelpunkt zu rücken.

Das IW-Symposium hat hierzu einen guten Anstoß gegeben und – hoffentlich – Nachdenklichkeit erzeugt.

